

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 3 (1889)

145 (11.12.1889)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-192607](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-192607)

Norddeutsches Volksblatt.

Abonnement:
bei Vorauszahlung frei in's Haus:
vierteljährlich . . 1 Mk. 50 Pf.
für 2 Monate . . 1 " " " "
für 1 Monat . . — " 50 " " "
excl. Postbestellgeld.

**Zeitschrift für freisinnige soziale Reform,
für Politik und Unterhaltung.**

Expedition: Vant-Wilhelmshaven, Adolfsstraße Nr. 1.

Erscheint
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Inserate:
die viergespaltene Zeile 10 Pf.
bei Wiederholungen Rabatt.

An unsere Parteigenossen!

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß unmittelbar nach Weihnachten der Wahlkampf voll entbrennen wird! Wir setzen voraus, daß unsere Genossen überall die Vorbereitungen getroffen haben, um jeden Augenblick mit aller Kraft in den Wahlkampf eintreten zu können. Wie bei früheren Wahlen, so haben wir auch diesmal ein Zentral-Wahl-Komitee niedergelegt, das die Leitung der Wahlen in die Hand nehmen soll.

Demselben gehören von uns an: Bebel, Dresden-Plauen; Grillenberger, Nürnberg; Liebknecht, Leipzig-Dorsdorf; Meister, Hannover; Singer, Berlin bez. Dresden-Plauen, und sind Anfragen in Wahlangelegenheiten an einen der Genannten zu richten.

Diejenigen Wahlkreise, welche durch besondere Umstände nicht in der Lage sind, die Kosten des Wahlkampfes aus eigenen Mitteln aufbringen zu können, wollen durch ihre Wahl-Komitees spätestens bis 1. Januar an Bebel oder Singer die Mittelhilfe gelangen lassen, wie hoch sich die Summe beläuft, die sie glauben aus dem allgemeinen Wahlfond beanspruchen zu müssen.

Wir setzen dabei voraus, daß wie früher so auch diesmal die Genossen in jedem Wahlkreis als Ehrensache ansehen, die Wahlkosten, so weit als möglich, selbst aufzubringen, und daß gut situierte Wahlkreise den schwächer gestellten Nachbar-Wahlkreisen mit Geld und agitatorenischen Kräften zu Hülfe kommen.

Auf die Beschaffung wie die Bezahlung von Drucksachen läßt sich das Zentral-Wahl-Komitee nicht ein.

In Bezug auf die Agitation empfehlen wir allen Genossen folgendes dringend zur Beachtung:

Insofern von gegnerischen Parteien allgemeine Wähler-versammlungen einberufen werden, müssen selbstverständlich alle Parteigenossen in derselben erscheinen, um dieselben für unsere Parteizwecke auszunutzen.

Werden aber von Gegnern Wahlversammlungen für die Anhänger bestimmter Parteien mit Ausschluß unserer Parteianhänger einberufen, so ist es Pflicht unserer Genossen, einer solchen Versammlung fern zu bleiben.

Wir haben kein Recht, unsere Gegner zu Auseinandersetzungen mit uns in ihren Versammlungen zu zwingen. Weichen sie uns aus, so mögen die Wähler darüber ihr Urtheil fällen.

Werden von Gegnern Versammlungen in Form öffentlicher Vereins-Versammlungen mit freiem Zutritt für Gäste abgehalten, so hat der einberufende Verein auch das Recht, das Bureau der Versammlung in der Hand zu haben. Wir raten unsern Genossen dringend ab, in einem solchen Falle die Wahl eines Bureaus zu verlangen, und schlagen vielmehr vor, daß, wenn in solchen Versammlungen eine freie Diskussion nicht zugelassen wird, solche gar nicht zu besuchen oder sie zu verlassen.

Endlich empfehlen wir allen unsern Genossen, im Wahlkampf strengste Sachlichkeit abzuwalten zu lassen. Angriffe auf Personen sind nur in so weit am Platze, als der betreffende Gegner im Parteikampf persönliche Geschäftlichkeit bewiesen, oder im bürgerlichen Leben sich solcher Handlungen schuldig gemacht hat, die zu kritischen das öffentliche Interesse gebietet.

Unsere Sache steht zu hoch und ist zu fest begründet, als daß wir nötig hätten durch ungerechtfertigte Angriffe auf Personen ihr zu dienen. Die Thaten der gegnerischen Parteien sind die wirksamsten Waffen für uns.

Berlin, Dezember 1889.
Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags.
Bebel, Dieß, Frohne, Grillenberger, Sarm, Kühn, Liebknecht, Meister, Sabor, Schumacher, Singer.

Ein neuer Bergarbeiter-Ausstand

ist in nahe Aussicht gerückt. Wie in letzter Nummer bereits mitgeteilt, beschloß eine Delegation-Versammlung der Bergarbeiter des Hochrumer, Gelsenkirchener und Dortmunder Reviers die Wiederaufnahme des Streiks, wenn die Grubenverwaltungen die Sperre nicht aufheben. Dieses nicht geschieht, ist wahrscheinlich bei dem Charakter der Herren Arbeitgeber, die in dem Arbeiter nicht einen ihnen gleichberechtigten, sondern einen ihnen untergeordneten Menschen erblicken, mit dem man nach Gefallen umspringen könne. Die Herren Reichstagsabgeordneten Hammer (RL) und Stökel (Z.) sind auf die Nachricht vom Stande der Dinge sofort nach dem Streikgebiet abgereist, um die Vermittlerrolle zwischen Arbeitern und Grubenverwaltungen zu übernehmen. Ob ihre gute Absicht von Erfolg gekrönt sein wird, steht dahin, leider müssen wir sagen, hat das Gegentheil mehr Wahrscheinlich-

keit für sich. Die Mehrheit der Jechen hat die Arbeiter zu sehr gereizt mit der Fortsetzung der alten Praxis nach Beendigung des letzten Streiks, jeden Arbeiter zu maßregeln, der für seine Kollegen und deren Rechte eintritt, als daß jetzt die Vermittlung einiger Männer erfolgreich sein sollte, die auf ihre Herren Standesgenossen wenig genug Einfluß besitzen. Das hat sich deutlich genug beim letzten Streik und nach demselben gezeigt: man lehrte sich einfach an die Abmachungen dieser Herren mit den Arbeitern nicht, sondern handelte auf eigene Gefahr und nach der alten Praxis weiter. Die Folge davon ist der drohende erneuerte Ausbruch des Streiks. Es liegt nunmehr offen zu Tage, daß es die Bergwerksverwaltungen sind, nicht aber die Arbeiter, welche den Kampf heraufbeschwören und die Nation in Aufregung versetzen; welche Handel und Industrie lähmen werden, wenn der Streik zum Ausbruch kommt, und Noth und Sorge über Hunderttausende heraufbeschwören. Die Grubenverwaltungen tragen die Verantwortung für die Folgen dieses etwaigen neuen Streiks durch ihr haltloses Gebahren, die Arbeiter als gleichberechtigten Faktor in unserem wirtschaftlichen Getriebe nicht anerkennen zu wollen. Sie wollen über die Arbeiter herrschen, ihnen keine selbständige Organisation gestatten; sie viabilisieren sich das Recht, die Sprecher der Arbeiter zu entlassen und ihnen die Arbeit auf den Gruben unmöglich zu machen. Wer so handelt, treibt die Dinge auf die Spitze und spielt mit dem Gemeinwohl. Die Presse giebt sich ihrem gefährlichen Treiben zu. Die „Ahein-Weiß.“ verhöhnt die Verlegten und spottet über ihre Verklamantung vom vorigen Sonntag als über eine Zusammenkunft, in welcher die liebe Jugend die Hauptrolle gespielt hätte. Die Anwesenden hätten den Eindruck fröhlicher sorgloser Leute, aber nicht verbitterter Arbeiter gemacht. Man möge das im Auge behalten, wenn der Streik thatächlich zum Ausbruche kommen sollte, und die beeinträchtigte Presse wieder die Arbeiter als die Störenfriede hinstellt. — Die am 7. Dez. in Dortmund abgehaltene allgemeine, von ca. 4000 Bergarbeitern besuchte Versammlung nahm einen erregten Verlauf. Unter Anderem redeten Bunte, Schröder, Siegel, Brodman, Tiefmann und Bauer.

Während der Versammlung lief eine Depesche vom Oberpräsidenten Stadt und von dem Landrath von Dortmund ein, lautend: „Die Vertretungen der Ehrener Jechen haben die Sperre aufgehoben. Der Vereinsvorstand beschloß einstimmig, die übrigen Jechen zu einem gleichen Entschluß aufzufordern und zweifelt nicht an der Annahme.“ Diese Depesche wurde von der Bergarbeiter-Versammlung mit einem lebhaften Bravo aufgenommen. Nach einer weiteren Debatte beschloß die Versammlung, bis zum 15. Dezember die Antwort der Grubenbesitzer, ob überall die Sperre aufgehoben ist, abzuwarten. Die Versammlung ging hierauf ruhig auseinander. — Im benachbarten Gelsenkirchen fand ebenfalls eine von 3000 Personen besuchte Bergarbeiter-Versammlung statt, welche den Beschlüssen der gestern Abend in Dortmund stattgehabten Versammlung beiträgt, bis zum nächsten Sonntag abzuwarten, ob die Arbeitersperre thatächlich aufgehoben und die entlassenen sowie die Arbeit wechselnden Bergleute auf den Jechen wirklich angenommen würden. — Eine dritte, von etwa 5000 Bergarbeitern besuchte Versammlung am 8. Dezember in Essen an der Ruhr beschloß gleichfalls, noch acht Tage zu warten, ob die Arbeitersperre wirklich in jeder Hinsicht aufgehoben würde. Im Laufe der Debatte wurde namentlich die Nothwendigkeit des Zusammengehens mit den übrigen Revieren betont. Der Oberpräsident von Westfalen hatte gestern in Essen eine Konferenz mit den Delegirten der Bergarbeiter, ebenso der Oberpräsident Stadt in Dortmund.

Politische Rundschau.

Vant, den 10. Dezember.

Berlin, Sozialdemokratische Reichstags-Parlamentare. Danzig: Lithograph Otto Joseph. Danabrad: August Bebel.
— **Erminister v. Puttkammer** wird als Reichstagskandidat in dem hinterpommerischen Wahlkreise Stolp-Lauenburg-Bätow aufzutreten. Zu seinen Gunsten hat nach der „Kreuzzeitung“ der bisherige Abg. Freiherr v. Hammerstein auf eine Wiederwahl verzichtet. Die Nationalliberalen sind laut Kartell verpflichtet, namentlich ohne Wurren in Stolp für Herrn v. Puttkammer zu stimmen. Herr v. Puttkammer war feinerzeit als Reichstagsabgeordneter so herzlich unbedeutend, daß ihn die parlamentarische Thätigkeit allein schwerlich veranlaßt, wiederum sich öffentlich herauszustellen.

— **Nach dem Stöcker'schen „Volk“** werden die Kartellparteien an die Sozialdemokraten folgende Wahlkreise verlieren: Magdeburg, drei bis vier Wahlkreise im Königreich Sachsen, einen Wahlkreis in Hamburg fünf Wahlkreise in kleinen Staaten (beide Neuh,

Gotha, Braunschweig, Dieburg), gleich 10 Wahlkreise. Die Konservativen verlieren Breslau-Ost an die Sozialdemokraten. — Ob wir damit zufrieden sein werden, wird die Zukunft lehren.

Frankfurt a. M., 5. Dezember.

Gegen drei hiesige Sozialisten ist Untersuchung wegen Geheimbündel eingeleitet.

England.

London, 6. Dez. Sechstausend Arbeiter der South-Metropolitan-Gesellschaft haben für nächsten Mittwoch einen Massenanstand angekündigt, falls die Verwaltung nicht inzwischen ein mit nicht unionistischen Arbeitern getroffenes Abkommen rückgängig mache.

Amerika.

New-Orleans. Der frühere Präsident der konföderierten Staaten von Amerika zur Zeit des Bürgerkrieges, Jefferson Davis, ist gestorben.

Deutscher Reichstag.

30. Sitzung vom 6. Dezember.

Stat des Reichseisenbahndienstes.
Abg. Henneberg und Graf Stolberg regen den Gedanken einer einheitlichen Zeitrechnung an.
Abg. Richter empfiehlt dem Antrag der Freisinnigen, welcher den Reichstag ausfordert, eine Untersuchung über die Kohlenartefe anzustellen, ob nicht eine allgemeine Tarifherabsetzung insofern durch Ausdehnung der Ausnahmestatu für Kohleneinfuhr angezeigt sei. Bei der allgemeinen Kohleneinfuhr ließe der Transport eine große Rolle. Seit Januar seien die Preise um 44 Prozent gestiegen. Zur Steigerung des Preises trage bei, daß die Eisenbahnen und große Industrien Kohlenverträge aufspeichern. Auch halten die Produzenten absichtlich mit dem Angebot zurück. Das Hauptziel sei aber, daß die Tarife nach dem Auslande billiger seien, als dem Auslande nach Deutschland. Paris bezahle billiger Kohlentransporten aus Westfalen als Berlin. Das nenne man nationale Wirtschaftspolitik! Hier müßte Wandel geschaffen werden. Artikel 45 der Reichsverfassung bilde eine Handhabe dazu.

Kommissar des Reichseisenbahndienstes, Geheimrat Schulz, erklärt, Artikel 45 habe einen ganz anderen Sinn; er fordere nur möglichst Gleichmäßigkeit der Tarife, die längst erreicht ist. Stimmung ist gleicher Meinung. Er bilde die Exporttarife; sie seien nicht verfassungswidrig. Billige Einfuhrtarife für Kohlen wären zweifellos, denn die englischen Kohlenpreise seien auch hoch. Eines sei allerdings wünschendwerth: daß die Tarife in Preußen denen im Reich gleich wären.

Schröder: Artikel 45 berechtige das Reich, auf Ermäßigung der Tarife hinzuwirken. Das sei auch im Interesse der Klammigkeit und auch der Kohleneinfuhr wünschendwerth. Die Kohlenindustrie behaupte nicht mehr, wie früher, Ausnahmestatu für den Export. Es sei Zeit, diese Ausnahmestatu aufzugeben; vielmehr sei die Herabsetzung billig, daß die Einfuhrtarife den Ausfuhrtarifen gleichgestellt würden. Es sei nicht nötig, daß eine allgemeine Tarifermäßigung einen erheblichen Ausfall an den Einnahmen verurliche; denn ohne oder doch mit geringen Kosten lasse sich die Tragfähigkeit der Waggon beträchtlich erhöhen.

Abg. Graf Stolberg erklärt sich auf gleiches Glauben wie Stimmung gegen den freisinnigen Antrag. An billigen Exporttarifen habe nicht bloß das Ausland, sondern auch die Provinz Dithmarschen großes Interesse. Eine allgemeine Tarifermäßigung sei Sache der Einzelstaaten; wenn sie finanziell möglich werde, dürfe sie sich nicht auf Kohlen allein erstrecken.

Hamacher: Die Bergwerksbesitzer hätten die hohen Preise nie gewünscht und seien intelligent genug, deren Unbillbarkeit einzusehen. Zudem wären die sinnlosen Court-tribunale wegen des schlimmen moralischen Einflusses auf die Arbeiter vermieden. Richter und Schröder widersprechen sich, indem sie einseitigen Gleichmäßigkeits der Tarife fordern, andererseits die bestehenden Ausnahmestatu beibehalten. Der freisinnige Antrag gebe den Interessenten keinen Anlaß zur Beforgnis; persönlich stimme er dafür, ohne andere beeinflussen zu wollen.

Richter: Die Kohleneinfuhr übersteige die Kohleneinfuhr; wenn Hamacher behaupte, die Kaufuhr sei besser zurückgegangen, so verweigere er, den Zollansatz Hamburg mit anzuerkennen. Er werde nicht aufhören trotz des Landes-Eisenbahnrat's mit seinen Beschwerden zu kommen, denn der Eisenbahnrat sei eine Interessenten-gruppe. Die gegenwärtige Zeit ist für Konferenzen eine höchst günstige.

Bebel: Was haben die Antragsteller möchten den Antrag zurückziehen; er sei im ersten Theil überflüssig, da jeder Interessent die Untersuchung anstellen könne, im zweiten durch die Regierung gegenstandslos geworden, da diese thunlichst Ermäßigungen einföhre und es bei gebesserten Verhältnissen noch weiter thun werde.
Schröder empfiehlt, den Antrag einer Kommission zu überweisen. Stimmung tötet um Ablehnung.

Richter: Leute, denen die Kohle vor der Thüre liegt, brauchen sich um Tarife wirklich nicht zu kümmern. Wenn dieser Reichstag seine Beschlüsse abweis, so spekulire er an den zukünftigen.
Graf Stolberg: Die Kohleneinfuhr schädige auch die einseitige Industrie; er befürworte Ueberweisung an eine Kommission.
Nach persönlichen Bemerkungen wird die Kommissionsberatung gegen die Stimmen der Konservativen beschlossen.

Beim Etat der Verwaltung der Eisenbahnen spricht Zingen's über die Sonntagsruhe der Beamten.
Damit ist der Etat der Reichseisenbahnen erledigt.
Morgen dritte Lesung des Bantengesetzes und Stat.
31. Sitzung vom 6. Dezember.
Dritte Lesung des Bantengesetzes.
Der konservativen Seite liegt hiesiger die wieder aufgenommenen Antrag Ruess auf Herabsetzung der Dividende vor. Die Debatte darüber, an welcher die Abg. Riemm, v. Huene, v. Kirchbach, Bankpräsident v. Dechend und v. Strombeck theilnehmen, gestaltet sich zu einer Wiederholung der früheren Debatte.
Graf Kirchbach behauptet, daß seine Partei eine Amnosität gegen den Handel und das Großkapital bestre; er verlangt die Bildung besonderer, der Bank angegliedeter Kassen für den landwirtschaftlichen Kredit.

Generte lägen die Getreidepreise; dadurch, daß man die Landwirtschaft zu Grunde richte, schäme man die Industrie nicht.

An der weiteren Debatte beteiligten sich die Abg. Brömel, Camp, Wenzel. Zur Zabatzauer spricht Abg. Bärlein über die Lage der Zabatzauer, ebenso die Abg. Wenzel und Dusigneau.

Schaffstättler Wägen berichtet die Wünsche der Zabatzauer zu berücksichtigen, die Untersuchung werde beschleunigt.
Montag: Fortsetzung.

Der Geheimbundsprozess in Ebersfeld.

Ebersfeld, 5. Dezember.
Die Vernehmung der geladenen Zeugen wird heute fortgesetzt. Der Händler Georg Leicht von hier war im Jahre 1884 mit dem Zeugen Aug. Wimmers und dem Angeklagten Weibtreu zusammen in einer sozialistischen Versammlung in der Rohlfstraße. In dieser Versammlung nun soll, wie der Zeuge sagt, ein Komitee gewählt worden sein, und die Anlage hat angenommen, daß es sich um ein Lokal-Komitee handelte. Der Zeuge will gehört haben, daß dieses Komitee beauftragt worden ist, die Revision der Nachrechnung vorzunehmen, auch will er erfahren haben, daß Sammlungen veranstaltet wurden, deren Ertrag für eine Stichwahl bestimmt war. Ueber die Personen, aus denen das Komitee zusammengesetzt war, kann er bestimmte Angaben nicht machen. Ueberhaupt will seine Aussagen so schwanken, daß keine Vereidigung einwilligen ausgesetzt wurde. Der Präsident hält Leicht wiederholt die Unbestimmtheit seiner Aussagen vor und die Unwahrscheinlichkeit, daß er nur das weiß, was die Angeklagten über diese Versammlung ausgesagt haben. Zeuge behauptet, daß er genauere Angaben nicht machen könnte; er wird vorläufig entlassen, darf den Saal jedoch nicht verlassen.
Der Zeuge Riemendreher Herr. Burghoff-Barmen bezeugt, daß ein Briefkasten des „Sozialdemokrat“ befindliche Quittung H. B. 4.30 sich auf eine von ihm geleistete Abbonementzahlung beziehe, er habe zu jener Zeit den „Sozialdemokrat“ gehalten und das Geld eingeliefert. Die Anlage hatte angenommen, diese Quittung sei für den Angeklagten S. Weibtreu. Ihn habe damals ein ihm Unbekannter zum Abonnement veranlaßt. Wer außer ihm den „Sozialdemokrat“ hielt, vermag er nicht zu sagen. Weibtreu will auch von der Redaktion auf eine Anfrage bestätigt erhalten haben, daß diese Quittung für Burgard gewesen, hat aber den Brief nicht mehr in seinem Besitz. Zeuge Carl Weimerkus wird gefragt, aus welchem Grunde er auf die sog. schwarze Liste gekommen sei. Er gibt in längerer Ausführung an, daß es das Wort des Angeklagten Wobthorn gewesen, der f. z. mit Wortler-Jülich bekannt war, und zwar aus dem Grunde, weil er als Logenklieberer Wobthorn ein Passe-partout Billet zum Theater, das Wobthorn nach dem Eingeben der „Vereinigten Volkstimme“ auf unerklärter Weise in seinem Besitz gebracht, entzogen habe. Nach längerer Zeit sei er dann auf Fürsprache mehrerer bekannter Sozialdemokraten wieder von der Liste gestrichen worden. Wobthorn verdanke er auch die Bezeichnung „Polizeilump“. Zeuge ist selbst nicht Sozialdemokrat. Nach Vertrauensleuten gefragt und speziell, ob Wobthorn einer sei, gibt er an, daß er solche nicht kenne. Wobthorn könne seiner Meinung nach keiner sein, weil er nie das Vertrauen seiner Genossen besessen habe. Vom Hörerfragen wisse er, daß Wittinghoff zu den Vertrauensleuten gehört werde. Haafmann-Barmen hat im Sommer 1887 von einem Manne, der ihm nachher von Hausberg als der Angeklagte Haase bezeichnet ist, ein Flugblatt „An die Wähler Deutschlands“ erhalten, begleiend die Schuhmacher Hausberg-Lennep. Haase gesteht, Blätter verbreitet zu haben, bestreitet aber, daß er gemutet habe, welchen Inhalts. Wie durch weitere Zeugenaussagen festgestellt wird, hat Haase diese Blätter auch in Wirtschaften verteilt mit dem Bemerkung, es sei eine Rede Bambergers. Genbarm Nikolaus Nicolay aus Lennep habe gleichzeitig mit ihm der Gendarm Mollenhauer im Jahre 1887, am Geburtstages Laßalles, den Auftrag, eine Versammlung im Walde bei Lennep zu beobachten, sie haben aber dort ungespülte Vorgänge nicht bemerkt. Nach jener Versammlung veranstalteten sie bei dem Angeklagten Eßpor eine Hausdurchsuchung und beschlagnahmten dort mehrere Schriften. Esparlö erklärte, es sei „der nicht (verbotene) wahre Jakob“ gewesen. Längere Zeit nahm die Vernehmung des Buchbinders Schmidt-Köln, jetzt angeblich Magnetopath, in Anspruch. Der Zeuge hat früher die hiesige „Freie Presse“ in Köln vertrieben, weiß auch von der Verbreitung des Flugblattes „Ein Wahnmort“ in Köln, gibt jedoch nur zu, daß es tatsächlich dort verbreitet worden ist und verweigert im Uebrigen die Auskunft darüber, wer es befördert, sich selber strafbar zu machen. Die Verbreitung dieses Flugblattes wurde bisher von den Angeklagten und auch Zeugen nicht zugestanden. Der Präsident macht ihn darauf aufmerksam, daß er dem Gerichtshof glaubhaft nachweisen müsse, daß er sich durch die Beantwortung dieser Fragen strafbar mache; Zeuge beharrt jedoch bei seiner Meinung, ohne den Nachweis zu bringen. Der Gerichtshof beschloß nach kurzer Beratung, den Zeugen von der Beantwortung nach der Herstellung und der Verbreitung des Flugblattes nicht entbinden zu können, und der Präsident fragt darauf: „Wo ist das Flugblatt „Ein Wahnmort“ gedruckt?“ Zeuge: „Ich kann darauf keine Antwort geben, ohne mich selbst strafbar zu machen.“ Präsi.: „Können Sie unter Anrufung Gottes bestimmt erklären, daß das Flugblatt nicht in der „Freien Presse“ gedruckt ist?“ Zeuge: „Ich verweigere darüber die Auskunft, weil ich mich selbst strafbar machen würde.“ Die Aussage wird protokolliert und der Gerichtshof nochmals darüber beraten, ob event. Zwangsmittel gegen sie ergreifen sind. Auf den gleichen Standpunkt stellt sich der Verfasser Joh. Peter Gassen aus Sildesheim. Er bestellte im Dezember 1887 von Köln aus, wo er früher wohnte, eine Druckschrift von 3000 Exemplaren mit der Anfrage, ob die Lieferung noch vor Weihnachten erfolgen könne. Die Anlage nimmt an,

daß dieser Auftrag das im Januar 1888 in Köln verbreitete, sehr scharf gehaltene und gegen § 11 des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878 und gegen § 131 des Strafgesetzbuchs verstoßende Flugblatt „Ein Wahnmort“ betroffen habe. Es wurde auch der Brief des Gassen in der „Freien Presse“ beschlagnahmt und es wird deshalb angenommen, daß das Flugblatt von dieser gedruckt ist. Gassen sowohl, als auch Grimpe haben das bestritten und wollen einen derartigen Auftrag nie zu Gesicht bekommen haben. Gassen war früher auch Angeklagter. Nach langen Hin- und Herreden giebt er zu, die Bestellung im Auftrage eines Andern gemacht zu haben, aber nicht: mehr zu wissen, wer dieser Andere gewesen ist, und verweigert die Auskunft darüber, wie das Blatt entstanden ist, weil er sich selber strafbar zu machen fürchtet. Trotz aller Bemühungen kann ihn der Präsident nicht dazu bringen, seine Ansicht glaubhaft zu machen, die Verteidigung erbotet sich, die Zeugen Schmidt und Gassen in der Pause darüber eingehend auszufragen. Nachdem der Präsident sein Einverständnis dazu gegeben und die Zeugen darauf aufmerksam gemacht sind, daß ein event. Freisprechen verfehlt sei, erklärt Rechtsanwalt Lenzmann, die Staatsanwaltschaft gehe darauf hinaus, daß eine Verbindung über ganz Deutschland existire, und daß schon die Thatsache, diese Verbindung zu unterstützen, genüge, eine Anlage gegen die Betreffenden zu erheben. Die Zeugen bezweifelten nun, daß sie sich einer Gefahr, angeklagt zu werden, aussetzen, wenn sie gesehen, Flugblätter verbreitet oder die Verbreitung durch Geldmittel unterstützt zu haben. Nachdem der Präsident den Zeugen über diesen Punkt Aufklärung gegeben hat, erklärt Schmidt, daß das Flugblatt auf seine Veranlassung gedruckt sei, wo wisse er aber nicht; die „Freie Presse“, der der Auftrag überdrückt gewesen, habe gesagt, daß sie ihn nicht ausführen könne, weil eine Maschine defekt geworden sei. Er habe die Bestellung jedoch dort gelassen und später sei ihm das Blatt zugehellt worden, von wem, habe er durch den Ueberbringer nicht erfahren können. Der Präsident fragt den Angeklagten Grimpe, was er mit dem Manuskript des Flugblattes gemacht habe; bisher habe er immer bestritten, daß das Flugblatt in der „Fr. Presse“ gedruckt sei. Grimpe verweigert auf diese Frage die Aussage. Rechtsanwalt Lenzmann bittet, den Zeugen zu fragen, ob die Partei in Köln mit dem Flugblatt zu thun gehabt habe. Zeuge Schmidt erwidert darauf, daß er die Kosten der Herstellung zum größten Theil selbst bezahlt und nur kleinere Beiträge seitens einiger Genossen erhalten habe. Er betone aber ausdrücklich, daß das Flugblatt auf seine Veranlassung gedruckt ist, wo wisse er jedoch nicht, und daß er heute nur die Wahrheit gesche, um zu beweisen, daß eine geheime Verbindung der Partei zwischen Ebersfeld und Köln nicht bestche. Zeuge Gassen erklärt nun, daß er die Bestellung, wenn er nicht irre, an Darm gerichtet habe, ob aber in der „Freien Presse“ das Flugblatt wirklich gedruckt sei, könne auch er nicht sagen. Auch er habe einen Theil der Herstellungskosten gegeben. Darm bestrittet, die Bestellung erhalten zu haben, es sei jedoch möglich, daß sie an die „Freie Presse“ gerichtet gewesen sei, deren Briefe befinde er nicht zu Gesicht. Zeuge Wold er-st-Röln weiß von der Verbreitung des Flugblattes, jedoch nichts über seine Entstehung. Er wird gefragt, ob er am Parteitag in St. Gallen theilgenommen habe, ob er die Reise aus eigenen Mitteln unternommen habe und ob auf dem Parteitage über den „Sozialdemokrat“ gesprochen sei. Wolderth will die Reise zum Theil aus eigenen Mitteln gemacht haben, ein Theil sei ihm von seinen Freunden dazu gegeben worden. Was den „Sozialdemokrat“ betreffe, so sei laut Protokoll des Parteitages von einem Genossen angeregt, ihn zum Parteiorgan zu erheben, und dieser Genosse sei er selber gewesen. Er habe jedoch kaum das Wort „Sozialdemokrat“ ausgesprochen gehabt, da sei ihm vom Vorsitzenden das Wort entzogen worden. Zeuge verweist ferner, daß Alles, was in St. Gallen verhandelt worden, auch im Protokoll stehe, daß Jeder an dem Parteitage habe theilnehmen können und daß er von ausgefellten Pöhlen, wie es in dem Berichte des Polizeikommissars Bising heißt, nichts bemerkt habe. Ob aber die Führer der Partei nachher noch eine geheime Versammlung unter sich gehabt haben, kann Zeuge nicht sagen, da er nach Beendigung des Parteitages gleich abgereist ist. Der Staatsanwalt widerspricht der Verteidigung Wolderth's. Rechtsanwalt Lenzmann vermag nicht einzusehen, weshalb nur diejenigen Zeugen verurteilt werden sollen, die für die Angeklagten belastende Aussagen gemacht haben, während die, welche die Angeklagten entlasten, nicht verurteilt werden sollen. Er sei von der Glaubwürdigkeit des Zeugen vollkommen überzeugt. Der Gerichtshof beschließt, von der Verurteilung Abstand zu nehmen, da der Zeuge derselben That verdächtigt erscheine wie die Angeklagten. Es wird darauf der inzwischen eingetroffene Zeuge Wimmers vernommen. Der Staatsanwalt fragt zunächst, ob Jemand in irgend einer Weise auf sein Zeugnis einzuwirken versucht habe. Zeuge verneint dies; er habe nur gestern Abend mit Kammothoff gesprochen über einen Zettel, der ihm vor 1 1/2 Jahren zugegangen sei und dessen Inhalt ihn quasi zur Auswanderung aufgefordert habe. Wimmers wird zunächst über jene Versammlung in der Rohlfstraße befragt und ob er mit dem Zeugen Leicht zusammen gewesen sei. Letzteres verneint er, er kenne den Mann nicht. Der Angeklagte Weibtreu dagegen sagt, daß er Wimmers abgeholt habe und daß ihnen unterwegs Leicht begegnet und von ihnen aufgefordert worden sei, mitzugehen. Wimmers bezeugt, daß in der Versammlung ein Komitee gewählt wurde, und zwar schriftlich, während Leicht gesagt hatte, es sei nicht schriftlich gewählt worden. Leicht entschuldigt sich damit, daß es schon zu lange her sei und daß er sich auch so eingehend nicht darum bestimmter habe. Dennoch soll er selbst mitgewirkt haben. Wimmers bezeugt dann noch, daß in der Versammlung nach Abrechnung gehalten über den „Züricher“, ob aber

damit der Züricher „Sozialdemokrat“ gemeint gewesen, kann er nicht sagen, den Eindruck habe er gehabt. Ueber diese Versammlung hat Zeuge auch der Polizei berichtet. Nach seiner Berechnung beschneuert sich Wimmers darüber, daß er im Vorjahr von einem Manne auf Schritt und Tritt verfolgt sei und zwar auf Veranlassung des Angeklagten Dastig. Dieser erhält darauf einen strengen Verweis mit dem Bemerten, daß der Gerichtshof nachträglich mit den Angeklagten sei und ihnen vielen freien Willen lasse, der aber nicht mißbraucht werden dürfe. Rechtsanwalt Lenzmann erkennt diese Nachsicht an, bittet aber, daß der hohe Gerichtshof auch seinen Einfluß dahin geltend macht, daß die Polizei nicht mit den Zeugen konferirt und diese bearbeite. Der Staatsanwalt bedauert, daß von Bearbeitung gesprochen werde, obwohl Wimmers keine Aussagen unter Eid gemacht habe. Wenn Polizeikommissar Kammothoff mit demselben gesprochen habe, so werde er dafür Gründe gehabt haben, die er sogleich äußern sollte. Kammothoff wird darauf telephonisch geladen. Wimmers sagt aus, daß er Kammothoff nur um Schutz erucht habe, weil er ängstlich gewesen sei. Lenzmann fragt Wimmers, ob Kammothoff ihn zu dieser Aussage bestimmt habe und wird deshalb vom Präsidenten erucht, seine Fragen doch so einzurichten, daß er Niemand damit verletze. Nachdem inzwischen einige Angeklagte vernommen sind, ist Kammothoff erschienen und bekräftigt auf seinen Eid, daß Wimmers ihn um Schutz gebeten habe, den er ihm auch verprochen. Der Präsident verliest jedoch vor Schluß der Verhandlung ein vom Obergürgermeister Wegener in Barmen eingegangenes Schreiben, nach welchem dem Polizeikommissar Bising-Barmen die Genehmigung, als Zeuge die Vertrauensmänner der Polizei namhaft zu machen und Auskunft zu geben, ob sie ihre Dienste bezahlt erhalten haben verweigert ist.

Aus Stadt und Land.

Vant, 9. Dezbr. Der Winter ist nun durch den starken Schneefall vollständig geworden. Die Bauarbeiter, als Maurer und Zimmerer, sind zu unfreiwilligen Feiern verdammt. Es werden nun, soweit es diesem oder jenem möglich war, die zurückgelegten Nothgroden angegriffen. Leider werden nur sehr wenige auf Grund ganz günstiger Umstände in der Lage gewesen sein, sich einen Nothgroden für den Winter zurückzuliegen. Der hohe Preis der Nahrungs- und Gemüsmittel, zu dem die Löhne in keinem richtigen Verhältnisse stehen, lassen das Wiederlegen nicht zu. Wünschen wir, daß der Winter nicht wieder so lange dauert und so heftig auftritt, wie wir in den letzten Jahren erleben mußten.

Vant, 8. Dezember. Der Eisenbahnverkehr, der in einigen Gegenden Deutschlands durch Schneefälle unterbrochen ist, hat auch in unserer Gegend heute unter dem vielen Schnee zu leiden und hatten der Nachmittags- und Abendzug von Jener große Schwierigkeit, durchzukommen. Am Kreuzungspunkte in Sande mußte schon der Schnee beiseite geschafft werden, um einer Betriebsförderung vorzugeben.
Wilhelmshaven, 10. Dez. Wenn man auch anerkennen muß, daß die Omnibussgesellschaft sich große Mühe giebt, die Wünsche des Publikums zu befriedigen, so sind doch die Mängel im Betriebe noch zu sehr fühlbare. So z. B. ist der Bahnhof als Haltestelle nicht geeignet, ferner müssen die Omnibusse beim Eintreffen derzüge pünktlicher am Plage sein und wenn diese zu spät eingetroffen sind, die in den Wartefälen sich aufhaltenden Fahrgäste zur erfordelnden Abfahrt aufzufordern. Es ist gestern passiert, daß bei Ankniff des Nachmittagszuges um 4 Uhr 10 Min. kein Omnibus zur Stelle war. Nun ist es doch unmöglich, bei einem Wetter, wie es gestern war, vor dem Bahnhof zu warten. Mehrere Fahrgäste nach Vant baten nun den anwesenden Direktor, die Abfahrt des Omnibusses nach Vant in den Wartefälen ankunfenden zu lassen. Der Herr versprach es und der Rufsteller versäumte es, der Omnibus kam und fuhr ruhig nach Vant, die 4 Fahrgäste im Wartesaal sitzen lassend. Diese mußten dann, wollten sie nicht noch 20 wahrscheinlich etwas lange Minuten warten, den Weg nach Vant zu Fuß machen. Ebenso würde es sich empfehlen, Abends nach Schluß der Arbeit auf der A. Werft einen Wagen direkt vom Werftshof 1 nach Vant abgehen zu lassen. Wir sind überzeugt, daß sich eine Beteiligte von 14 bis 15 Personen findet, denen der Weg nach Vant zum Geben zu bedauerlich fällt. Wir bogen die Erwartung, daß die Gesellschaft bestrebt sei, diesen Mängeln abzuheben und Obiges in Betracht zu ziehen.

Bremerhaven, 8. Dezbr. In voriger Woche wurde die Thatsache mitgeteilt, daß die sozialdemokratische Partei die Wahlkampagne durch Vertheilung von Flugblättern eröffnet habe. Dem kann jetzt hinzugefügt werden, daß heute Nachmittag in einer außerordentlich stark besuchten Volksversammlung die erste Wahlrede gehalten wurde. Referent war Herr W. Fannusch aus Kassel. Er machte die Anwesenden, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen fest zusammenzukommen und die ein Mann für den im Wahlkreise Bremen aufzustellenden sozialdemokratischen Kandidaten Julius Draubus in Bremen zu stimmen. Nach Ansicht des Redners seien gerade bei der nächsten Wahl die Aussichten für ihre Partei sehr günstig, da durch die hohen Getreidepreise und die Grenzsperrere Unzufriedenheit und Mühmüth im Volke erzeugt sei. (W. Jg.)

Briefkasten.

Herrn N. Wilhelmshaven: Ihrem Wunsch können wir nicht Folge geben, da wir an der in Nr. 141 d. Bl. abgegebenen Erklärung festhalten. Wenn wir auf derartige Stoffen nicht antworten, so werden Sie das unerer guten Erwägung einfach zu Gute halten und sind wir der festen Ueberzeugung, daß wir durch Nichtachtung solcher geminder. Notizen nur in Ihrer Achtung stehen, als wie in der aller natürlich gebietet ein Menschen fragen werden, da solche Notizen doch nur bei einem Bekretis, wie dem unsrigen, ein Gehalt erwecken können, welches zwischen Mittel und Brackung schwant.

Die grösste

Auswahl in sämtlichen Kinder-Spielwaaren

befindet sich vom 1. Dezember an bei

B. v. d. Ecken.

Im Ausverkauf:
Weisse Gerstenkorn-Handtücher,
 mit rother Borde, 90 cm lang, per Dutzend 2.10 Mk.
Baumwollene Halstücher
 für Männer, schön bedruckt mit Borde, pr. Stück nur 10 Pfg.
Georg Aden,
 Bant, am Markt.

Empfehle mein reich assortirtes Lager von reingehaltenen deutschen, französischen, spanischen und portugiesischen

WEINEN.

Gute Qualitäten in **Rum, Arrac und Cognac.** Ich empfehle ferner vorzügliche **Liqueure und Brantweine,** besonders empfehle ich einen reinen ungetauften

Korn-Brantwein,

als:
 Richtenberger Doppel-Korn, Doornkaat, 1863er Alter Korn, Steinhäger etc. etc.

Paul Hug, Bur Arche.



Hasenclever's Vermächtnis.

Verlag von E. Thiele, Leipzig.

Multiriter

Deutscher Jugendschatz.

Schönstes Weihnachts-Geschenk für deutsche Knaben und Mädchen, Jünglinge und Jungfrauen.

Pracht-Ausgabe Mk. 2, billigere Ausgabe ebenfalls eleg. gebunden Mk. 1.50.

Srimpsfreie

Hemden - Flanelle

in glatt und gemustert zu mächtigen Preisen.

Blau melirten Coating,
 reine Wolle, haltbar und schwer, pr. Mtr. 1,20 Mk.

B. H. Bührmann,
 Konfektions-Geschäft,
 Wilhelmshaven.

Anton Brust, Belfort.

Weihnachts-Ausverkauf.

Von heute anfangend bis Weihnachten bewillige ich auf meine sämtlichen Waaren bei Einkäufen von 1 Mk. anfangend

10 pCt. Rabatt

aber nur gegen Barzahlung.

Für Damen-Regenmäntel,
 Herren-Winter- und Herbst-Ueberzieher

und zurückgekehrte Reste habe ich wirkliche Netto-Spottpreise notirt. Es soll meiner werthen Kundschaft der Beweis geliefert werden, daß man bei mir außerordentlich billig kaufen kann.

Anton Brust, Belfort.

Die Eröffnung meiner

Weihnachts-Ausstellung

in

Albums, Schreibmappen und feinen Leder-Waaren, Papier-Ausstattungen, Jugendschriften, Bilderbüchern, geschnitzten Holz-Waaren, echten China-Waaren, Bilderrahmen, Puppen, Spielsachen, sowie einer großen Auswahl Christbaumschmuck

beehre ich mich ergebenst anzuzeigen und bitte um vielen Zuspruch.

Hochachtungsvoll

W. Brunstermann, Grenzstraße Nr. 6.

Mit dem heutigen Tage eröffnere meine

Weihnachts-Ausstellung

und empfehle als besonders preiswerth:

Cigarren in schöner abgelagerter Waare,

von 3,50 bis 10 Mk. pro 1/10, auch in 1/20 und 1/30 verpackt.

Lange Weichsel-Studentenpfeifen, Theekrauden-Pfeifen, halblange und kurze Weichsel- und Horn-Pfeifen, Shag-Pfeifen und Cigarren-Spizen, sowie Meer-schaum-Shagpfeifen und Cigarrenspitzen, alles in bester Waare u. Qualität.

Gleichzeitig bringe meinen 50 Pf.-Bazar

in gütige Erinnerung.

Erhielt eine große Sendung der neuesten und schönsten **Spielsachen** sowie **Haushaltungs-Gegenstände.**

Die vorjährigen Spielsachen gebe zum Einkaufspreis ab. — Um gütigen Zuspruch bittend

Albert Werner, Bant, Bantestr.

Wir empfehlen unser sehr feines

helles Lager-Bier

in Flaschen 33 Stück für 5 Mark, in Fässern von 10—100 Liter 21 Mark frei in's Haus,

24 Flaschen Kaiserbräu 3 Mk., per Liter 25 Pf.

Bräuerei Frisia, Filiale Wilhelmshaven.

Pelz-Waaren!

Ich kaufe gelegentlich

300 Stück Damen-Muffen,

worunter sehr gute Sachen, welche ich, um schnell damit zu räumen, zum Preise von 1,50 Mk. bis 3,50 Mk. verkaufe. Bester Werth das Doppelte.

M. Schlössel, Kürschner,
 Roonstrasse 72 und Belfort, Werftstrasse 17.

Oldenburger Gesangbücher

mit Goldschnitt,
 von 2 Mark an, empfiehlt

W. Brunstermann,
 Grenzstraße 6.

Empfehle:

☉ ☉ ☉

Faß- und Glaschen-Bier

aus der
Dampfabrerie von Th. Fothkör
 in Feser,
 in Gebinden von 15 bis 100 Litern.

Feines Lagerbier 33 Fl. 3 Mk.,
 Bayerisches Gebräu 27 Fl. 3 Mk.,
 Feines böhmisches Gebräu 30 Fl. 3 Mk.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
J. Fangmann, Bismarckstr. 59,
 1 Treppe.

Bürgerverein Bant.

Donnerstag, den 12. Dezember cr.,
 Abends 8 Uhr:

Monats-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Hebung der Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Stiftungsfest.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Mittwoch, 11. Dezember,
 Abends 7 Uhr,

im Saale „Bur Arche“ zu Belfort:

Wesentliche

Versammlung

der Maurerarbeitende von Wilhelmshaven und Umgegend.

Tagesordnung:

1. Wahl d. Lohnkommission.
2. Verschiedenes.
3. Vorstandswahl.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Einberufer.

Deutscher Tischler-Verband.

Zahlstelle Bant-Wilhelmshaven.

Mittwoch, den 11. Dezember cr.,
 Abends 8 Uhr:

Versammlung

in der Arche in Belfort.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Hebung der Beiträge.
3. Vorstandswahl.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Verband Deutscher Zimmerleute.

Lokalverband Wilhelmshaven.

Freitag, den 13. Dezember cr.,
 Abends 8 Uhr:

Versammlung

in der Arche in Belfort.

Tagesordnung:

1. Hebung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Lohnfrage.
3. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird dringend ersucht.
 Der Vorstand.

Verantwortlich für die Redaktion, Druck und Verlag: J. Kähn, Bant-Wilhelmshaven.